VKU

Stadtwerke zweifeln an Wärmewende-Ziel für 2045

[17.09.2026] Eine Umfrage des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) zeigt erhebliche Zweifel kommunaler Wärmeversorger am Zeitplan der Wärmewende. Drei Viertel der Befragten halten klimaneutrales Heizen bis 2045 unter den derzeitigen Rahmenbedingungen für unrealistisch.

Drei von vier kommunalen Wärmeversorgern halten das Ziel, bis 2045 klimaneutral zu heizen, unter den derzeitigen Rahmenbedingungen für unrealistisch oder sehr unrealistisch. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) hervor. Demnach bewerten 51 Prozent der Befragten das Ziel als unrealistisch und weitere 24 Prozent als sehr unrealistisch. Sieben Prozent halten es für realistisch, 18 Prozent äußerten sich neutral.

Wie der VKU mitteilt, wurden für die Erhebung vom 3. August bis 1. September 2026 insgesamt 757 Stadtwerke und kommunale Energieversorger angeschrieben. 225 Unternehmen beteiligten sich, was einer Rücklaufquote von 29,7 Prozent entspricht.

Planungssicherheit vonnöten

Trotz der Zweifel am Zeitplan unterstützten die kommunalen Unternehmen grundsätzlich die Wärmewende, erklärt VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing. Der Verband fordert vor allem verlässliche politische und regulatorische Rahmenbedingungen. 86 Prozent der befragten Unternehmen nennen Klarheit bei Rechtsfragen als Voraussetzung, um beim klimaneutralen Heizen schneller voranzukommen. Dazu zählen laut Umfrage unter anderem die Wärmelieferverordnung, Änderungen am Energiewirtschaftsgesetz zur Transformation der Gasnetze sowie die geplante Novelle des Wärmeplanungsgesetzes.

Auch das Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) schafft nach Einschätzung vieler Befragter bislang keine ausreichende Planungssicherheit. 50 Prozent sehen darin bundesweit weder einen Fortschritt noch einen Rückschritt für die Wärmewende, da aus ihrer Sicht weiterhin wichtige Rechtsfragen offen sind. 36 Prozent bewerten das Gesetz als Rückschritt, 14 Prozent als Fortschritt. Bezogen auf das eigene Versorgungsgebiet rechnen 40 Prozent mit negativen Auswirkungen auf Investitionen infolge des Wegfalls der bisherigen 65-Prozent-Regel.

Investitionsbedarf steigt

Zugleich rechnen die kommunalen Unternehmen mit deutlich höheren Investitionen. Nach Angaben des VKU erwartet die Hälfte der Befragten, bis 2030 mehr als doppelt so viel in klimaneutrale Wärme zu investieren wie 2024. Weitere 14 Prozent rechnen mit dem 1,5- bis Zweifachen des damaligen Investitionsvolumens.

Als größtes Hindernis auf dem Weg zum klimaneutralen Heizen nennen 77 Prozent der Befragten zu hohe Kosten für Bürger und Wirtschaft. 61 Prozent verweisen auf eine unklare Rechtslage, 58 Prozent auf Bürokratie und langwierige Genehmigungsverfahren. 56 Prozent halten die bestehenden

Finanzierungsbedingungen für unzureichend, 55 Prozent sehen mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung als Hemmnis.

Stabile Förderinstrumente

Entsprechend fordert der VKU eine langfristig verlässliche Förderung. 72 Prozent der befragten Unternehmen sprechen sich für stabile Förderinstrumente wie die Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW), die Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) aus. Nach Auffassung des Verbands sollte allein die BEW langfristig mit jährlich rund 3,5 Milliarden Euro ausgestattet und gesetzlich abgesichert werden.

Darüber hinaus verlangt der VKU zusätzliche Finanzierungsinstrumente, insbesondere zur Stärkung des Eigenkapitals kommunaler Unternehmen und zur Mobilisierung privaten Kapitals. Der Deutschlandfonds sei hierfür ein erster Schritt, reiche nach Einschätzung des Verbands bislang jedoch nicht aus.

Die Ergebnisse der Befragung sollen auch beim VKU-Stadtwerkekongress diskutiert werden, der noch bis heute in Berlin stattfindet. Der Kongress befasst sich unter anderem mit der Umsetzung der Wärmeplanung und der Wärmewende.

(th)

Stichwörter: Politik, Wärmeversorgung, Verband kommunaler Unternehmen (VKU)